

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
17 / 2010

Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker.	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i>	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank	123
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009**

Stefan Hanheide, Osnabrück

Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.

Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

Juden, Christen und Muslime –

Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? 159

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation.

Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177

Rainer Werning, Köln

Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen

Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 219

Abbildungsnachweis 225

Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 4. März 2009

Mechthild Ross-Luttmann

Niedersächsische Ministerin für
Soziales, Frauen, Familie und Gesund-
heit, Hannover

Ekin Deligöz MdB

Vorsitzende der Bundestags-
Kommission zur Wahrnehmung der
Belange der Kinder, stv. Vorsitzende
des Ausschusses für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Professor für Politikwissenschaft an
der Universität zu Köln

Dr. med. Ludwig Schulze

Kinderhospital Osnabrück, Kinder-
schutzbund e.V. – Gesprächsleitung

Ludwig Schulze: Zum Weltkindertag 2006 stellte der Kinderschutzbund im Osnabrücker Schlossgarten 5.000 Fähnchen auf, die die Zahl der in unserer Stadt unter Armutsbedingungen lebenden Kinder veranschaulichen sollten. Die Zahl dieser Kinder ist seither annähernd gleich geblieben.

Auch die *Osnabrücker Sozialkonferenz* hat zu dieser Thematik immer wieder Stellung bezogen und Veranstaltungen organisiert. Nach einer dieser Veranstaltungen haben wir im Rathaus unsere Forderungen zur Bekämpfung von Kinderarmut übergeben. Inzwischen kann man den Eindruck bekommen, dass daraus ein Modethema geworden ist. Unser Ziel muss aber sein, nicht nur über das Thema aufzuklären, sondern auch, dass für die armutsbedrohten Kinder konkrete Ergebnisse erreichbar werden. Über ›Armut in einem reichen Land‹ zu reden, ist zweifellos etwas anderes, als über Armut in anderen Teilen der Welt zu sprechen, wo 70 Mio. Kinder unter 10 Jahren arbeiten, 100 Mio. Kinder auf der Straße leben oder ungezählte Millionen Kinder an Unterernährung sterben, unter unzureichender medizinischer Versorgung oder verheerenden hygienischen Bedingungen leiden. Dies gilt nicht für Deutschland und Westeuropa. Aber wir hören doch immer häufiger: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich zunehmend, und die Zahl der Menschen, die unter Armutsbe-

dingungen leben müssen, wird größer. Zu dieser Situation tragen leider auch Gesetze bei: Wenn beispielsweise das Kindergeld um 10 Euro erhöht wird, haben die Armen nichts davon, obwohl sie es gut gebrauchen könnten. Ihnen wird dieser Betrag sofort vom Hartz IV-Satz, den ihnen zustehenden Sozialleistungen, wieder abgezogen. Auch wenn, wie zuletzt 2008 geschehen, die Mehrwertsteuer erhöht wird, sind davon insbesondere die Armen betroffen, weil sie mit jedem Cent rechnen müssen, anders als die Reichen, bei denen es auf einen, 10 oder 100 Euro nicht ankommt.

Wir müssen davon ausgehen, dass etwa 2,5 Mio. Kinder, d.h. jedes vierte Kind oder 25% unserer Kinder, unter Armutsbedingungen aufwachsen. Was das bedeutet und wie diesem Zustand zu begegnen ist, darüber erhoffen wir uns Aufschluss durch die sachkundigen Podiumsteilnehmer.

Mechthild Ross-Luttmann: Es war richtig, was eingangs gesagt wurde: Kinderarmut brennt uns allen auf der Seele, und es muss vor allem darum gehen, konkret etwas zu tun. Zur Ehrlichkeit bei diesem Thema gehört aber auch, dass wir wissen, dass wir ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem und ein gut aufgestelltes Sozialsystem in Deutschland haben. Trotz der Finanzkrise verzeichnen wir nach den Arbeitslosenstatistiken vom Februar 2009 den geringsten Arbeitslosenstand seit 16 Jahren. Das sind zunächst einmal positive Nachrichten. Sicherlich gehört auch die Feststellung dazu, dass in Deutschland, einem reichen Land, jedes sechste Kind als armutsgefährdet gilt und jedes zehnte Kind weniger als 50% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung hat und damit in relativer Armut lebt. Diese Zahlen sind viel zu hoch und fordern höchste Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft.

Wo es an Geld mangelt, müssen Kinder mit Einschränkungen leben. Neben der *materiellen* Armut hat aber Kinderarmut viele Dimensionen wie etwa erhöhte Gesundheitsrisiken, Bildungsarmut, fehlende Förderung und geringere kulturelle Teilhabe. Die Vielschichtigkeit des Problems erfordert abgestimmte Strategien, gezielte Leistungen und regional differenzierte Vorgehensweisen. Die Statistiken sind eindeutig in der Benennung der am stärksten armutsgefährdeten Gruppen: Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Familien mit mehr als zwei Kindern, Geringqualifizierte und Menschen ohne Erwerbstätigkeit. Wichtig ist, genau zu schauen, welche Faktoren in welchen sozialen Gruppen zur Armutsgefährdung führen und dann zu überlegen, wie eine passgenaue Lösung aussehen kann. Es wird sicherlich nicht *die eine* Lösung geben; wir werden sehr differenzieren müssen.

Kinderarmut geht immer einher mit Elternarmut, ist auch eine Frage des Familieneinkommens. Wer die Lebenssituation von Kindern verbessern will, der muss auch den Eltern helfen, damit diese für sich und die Kinder

den Lebensunterhalt sicherstellen können. Starke Kinder brauchen starke Eltern.

Ein weiterer Blick in die Statistik: In Niedersachsen lebten 2007 rund 47% der Erwerbslosen in relativer Armut. Das zeigt den engen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Armut. Zentrale Aufgabe muss es



Mechthild Ross-Luttmann

daher in erster Linie sein, Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Jugendliche. Hierfür ist eine global erfolgreiche, leistungsfähige Wirtschaft Voraussetzung.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren wichtige strukturelle Reformen verabschiedet und so die Rahmenbedingungen für mehr

Wirtschaftswachstum geschaffen. Ein langjähriger Trend der steigenden Einkommensungleichheit – auch das ist nachgewiesen – wurde gestoppt. Die Arbeitslosenzahlen sanken seit 2005 kontinuierlich.

Diese positive Entwicklung wird sich vermutlich aufgrund der Finanzkrise so nicht fortsetzen können. Das Programm der Bundesregierung, Kurzarbeitergeld verstärkt einzusetzen, zeigt – wenn man sich die Zahlen in Niedersachsen vergegenwärtigt –, dass schon eine hohe Zahl von Arbeitnehmern Kurzarbeitergeld erhält. Der Bezug von Kurzarbeitergeld bedeutet natürlich immer eine Einschränkung. Von daher muss das ganze Bestreben aller, auf allen Ebenen, darauf ausgerichtet sein, wie wir diese Herausforderung so meistern, dass Menschen Arbeit haben. Deshalb ist ein Krisenmanagement erforderlich und wichtig, um die Gefährdung von Arbeitsplätzen so gering wie nur eben möglich zu halten.

Was künftig noch auf uns zukommt, dürfte ausgesprochen schwierig werden. Denn die ohnehin schon heikle Finanzkrise scheint mit einem gewissen Verlust an Zutrauen in die Zukunft einherzugehen, sodass wir

uns auch in einer Art Vertrauenskrise und in einer Phase der Unsicherheit befinden.

Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut müssen fortgeführt werden, es müssen aber auch neue initiiert werden. Für mich ist zur Vermeidung von Armut die Verbesserung der beruflichen Qualifikation entscheidend. Zuletzt lebten 19,5% der Menschen mit geringer Qualifikation in Armut, hingegen nur etwa 5% der Menschen mit mittlerer Qualifikation und nur ca. 2% der Hochqualifizierten. Diese Zahlen zeigen, dass Bildung ein entscheidender Baustein zur Verhinderung von Armut ist. Ein guter Bildungsstatus schützt zum einen vor Arbeitslosigkeit, zum andern schafft gute Bildung auch Kindern aus armen Familien eine Perspektive, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen. Daher müssen wir verhindern, dass arme Kinder die Arbeitslosen von morgen werden.

Entscheidend für die Entwicklung der Kinder ist eine frühestmögliche individuelle Förderung. Jedes Kind muss von Anfang an *gleichberechtigte* Chancen haben. Daraus folgt nicht, dass am Ende ihres Bildungsganges alle den gleichen Status erreichen, denn die Frage, wie im Einzelnen eine Chance genutzt wird, ist sicherlich sehr unterschiedlich zu beantworten. Jedenfalls darf es nicht so sein, dass ein Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg als sich immer weiter öffnende ›Schere‹ statistisch bemerkbar macht. Wir müssen erreichen, dass alle Kinder – unabhängig von ihrem Status und vom Geldbeutel der Eltern – die gleichen Chancen haben.

Wer als Kind keine Chance auf adäquate Bildung und Erziehung und als Jugendlicher keine Ausbildung erhält, wird auch als Erwachsener kaum der Armut entrinnen können. Die Arbeitswelt wird zunehmend anspruchsvoller, sie bietet immer weniger Nischen für gering qualifizierte Menschen. Wer keine Ausbildung hat, wird schnell wieder arbeitslos, und wer eine wenig qualifizierte Arbeit hat, wird mit seinem geringen Verdienst kaum über die Runden kommen – schon gar nicht mit Familie.

Wenn man weiß, dass Familien mit mehr als drei Kindern überproportional von Armut bedroht sind – was auch für Alleinerziehende mit Kindern gilt –, dann ist es ganz wichtig, dass wir eine gute, zuverlässige und flexible Kinderbetreuung haben. Niedersachsen hat hier tatsächlich einen hohen Nachholbedarf. Wir haben gut ausgebaute Kindertagesstätten für Kinder *ab* drei Jahren, aber wir müssen noch für eine gute Betreuungssituation für Kinder zwischen einem und drei Jahren sorgen. In Niedersachsen ist die Situation regional noch sehr unterschiedlich. Es gibt Städte mit einem sehr hohen Kinderkrippenangebot – Göttingen hat schon für 41% der Kinder dieser Altersgruppe einen Krippenplatz. In manchen ländlichen Gebieten dagegen liegt der Versorgungsgrad weit unter 10%.

Bedenkt man, dass die Arbeitswelt künftig vermehrt darauf angewiesen sein wird, dass Frauen und Männer berufstätig sind und dass in der Arbeitswelt immer mehr hoch qualifizierte Frauen gefragt sind, dann müssen wir die Bedingungen dafür schaffen, dass Frauen keine Unterbrechung in ihrer Erwerbsbiografie hinnehmen müssen, wenn sie es nicht wünschen. Dafür ist zwingend erforderlich, dass wir das Angebot an Krippen und Tagesmüttern weiter ausbauen.

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Ein- bis Dreijährige ab 2013 kommen wir einen großen Schritt voran. Das Land Niedersachsen wird bis 2013 mehr als 460 Mio. Euro ausgeben, um die Kommunen beim Ausbau der Krippenplätze zu unterstützen – sowohl im Investitions- als auch im Betreuungsbereich. Ein gleich hoher Betrag wird auch vom Bund den Kommunen zur Verfügung gestellt. Wir haben mit dem Programm »*Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen*«, das 2007 für vier Jahre aufgelegt und mit 100 Mio. Euro ausgestattet wurde, erreicht, dass die Zahl der Tagespflegemütter in Niedersachsen sprunghaft angestiegen ist. Es ist wichtig, neben guten Krippen auch gut qualifizierte Tagesmütter verfügbar zu haben, weil die Öffnungszeit einer Krippe nicht unbedingt zu den Arbeitszeiten einer berufstätigen Mutter oder eines berufstätigen Vaters passt. Wichtig ist, dass man als Mutter und Vater entscheiden kann: Möchte ich mein Kind in eine Krippe geben oder möchte ich lieber eine qualifizierte Tagesmutter engagieren?

Ideal sind frühe Hilfen: Wenn wir sagen, dass Eltern nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen werden können, so wissen wir doch auch, dass manche Eltern darin überfordert sein können, eine angemessene Erziehungsleistung für ihre Kinder zu erbringen. Deshalb ist es wichtig, möglichst früh auch diese Familien zu erreichen. Ein wichtiger Kontakt einer werdenden Mutter ist ihre Hebamme. Zu ihr hat sie Vertrauen. Wir haben in den letzten Jahren über 150 Hebammen zu Familienhebammen ausgebildet, die in die Familien gehen, die die Mutter, den Vater beraten bei Alltagsthemen, bei der Alltagsbewältigung unterstützen. Wir haben das Programm »*Welcome*« von der Diakonie: An über 20 Standorten werden Kinder willkommen geheißen. Ehrenamtliche, erfahrene Frauen und Männer gehen in die Familien und entlasten Mütter eine Zeit lang von dem Baby, um ihnen mal eine Lese- oder Ruhepause zu ermöglichen. Und wir möchten mit *Erziehungslotsen* dazu beitragen, gerade in Fällen von Erziehungsmängeln zu helfen.

Für Eltern, denen es trotz aller Bemühungen nicht gelingt, einen Arbeitsplatz zu finden, muss es existenzsichernde Transferleistungen geben. Niedersachsen hat sich mit Nordrhein-Westfalen gemeinsam im Bundesrat für eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze eingesetzt. Diese sind derzeit mit einem prozentualen Abschlag am Betrag für Erwachsene orientiert,

bilden aber nach meiner Ansicht kinderspezifische Bedarfe nicht richtig ab. Das Bundesverfassungsgericht hat klar gefordert, dass Regelsätze auf kinderspezifische Bedarfe abgestellt werden müssen. Hier ist der Bund am Zug. Er muss diese bestimmten kinderspezifischen Bedarfe ermitteln. Diese Bedarfe müssen auch Schulmittagessen und Schulmaterialien umfassen.

Tatsächlich hat hier der Bund bereits einiges geleistet, nämlich die Anhebung des Regelsatzes für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren von 60% auf 70% des Erwachsenen-Regelsatzes oder auch das Schulstarterpaket mit 100 Euro pro Schuljahr pro Kind bis zur 10. Klasse. Das ist ein guter Anfang.

Das niedersächsische Sozialministerium hat den Sonderfonds »*Dabei-Sein!*« für benachteiligte Kinder und Familien gestartet, denn benachteiligte Kinder sind auch deshalb im Nachteil, weil sie z.B. nicht im Sportverein aktiv sein können, keine kulturellen Veranstaltungen besuchen, weil sie vielleicht auch Probleme haben bei der Finanzierung von Klassenfahrten. Überall dort, wo das soziale Netz der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen nicht greift, wo es zusätzliche Bedarfe gibt, möchte ich mit diesem Sonderprogramm Eltern unterstützen, damit ihre Kinder »dabei sein« können. Ich möchte die soziale Integration und das Selbstbewusstsein der Kinder stärken. Alle Kinder müssen im Blick behalten werden. Deswegen bin ich froh, dass es eine große Bereitschaft gibt, an diesem niedersächsischen Bündnis für alle Kinder mitzuwirken, weil es am besten gemeinsam gelingen kann, die genauen Hilfebedarfe zu identifizieren: Wo muss man einhaken, wo gibt es in Niedersachsen Punkte, an denen etwas nicht stimmt? Wir haben tolle Kindertagesstätten, die aber nicht von allen Kindern besucht werden. Welche Kinder besuchen die Kindertagesstätte nicht? Was kann man tun, um sie zu motivieren, diese doch zu besuchen? Was kann man im Gesundheitsbereich tun, damit auch hier die Kinder »dabei sind«? Ich glaube, wenn es uns gelingt, dass alle Entscheidungsträger an einem Strang ziehen, dann werden wir viel erreichen können, um dem Thema Kinderarmut nicht nur erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, sondern um den Kindern ganz konkret zu helfen.

Ekin Deligöz: Was heißt Armsein in diesem Land? Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen: In der Grundschulklasse meines Sohnes z.B. gibt es neun Jungs, die sich oft gegenseitig einladen. Einer seiner Mitschüler heißt *Onur*; sein türkischer Name bedeutet »Stolz«. Die Eltern von Onur sind nette Leute, aber ihr Sohn ist der Einzige, der nicht zu Kindergeburtstagen eingeladen wird. Mein Sohn begründete dies damit, dass Onur auch niemanden einladen würde. Onurs Mutter erklärte mir später:

»Wissen Sie, mein Mann ist berufsunfähig und meist zu Hause. Ich habe einen Job als Reinigungskraft, wir haben eine 40-Quadratmeter-Wohnung mit zwei Zimmern, und ich habe zwei Kinder. Wie soll ich da Gäste einladen? Was würden die Kinder von uns denken? In Onurs Klasse sind lauter Kinder von Ärzten, Lehrern und so weiter. Die würden nie wieder mit meinem Sohn spielen, wenn sie wüssten, in welchen Verhältnissen wir leben«.

Das heißt arm sein in Deutschland.

Ich arbeite unter anderem im Vorstand von UNICEF mit. In Leipzig traf ich eine Frau, die sich bei UNICEF sehr engagiert. Sie hilft bei vielen Veranstaltungen mit, kann gut reden und sie ist eine unserer wichtigsten ehrenamtlichen Kräfte. Sie hat zwei Kinder. Als ich sie beiläufig fragte, wo sie ihren nächsten Urlaub verbringen werde, antwortete sie:

»Urlaub? Was ist das? Ich bin Friseurin, arbeite Vollzeit. Mein Mann ist in der Metallindustrie, ebenfalls Vollzeit. Wir haben zwei Kinder und kommen inklusive Kindergeld auf 2.680 Euro netto im Monat. Davon zahlen wir Miete, Rechnungen, Auto, Essen, Trinken, Kleidung und die Kosten, die den Kindern durch den Schulbesuch entstehen. Für Urlaub bleibt dabei kaum noch etwas übrig«.

Auch das heißt Armut in Deutschland – bei einem in Vollzeit arbeitenden Elternpaar.

Zu einer Veranstaltung brach ich eines Tages früh morgens auf. Ein türkischer Taxifahrer, Herr *Çelikate*, der in meiner Nachbarschaft wohnt, fuhr mich. Als ich abends gegen 23 Uhr zurückkam, fuhr mich wieder Herr *Çelikate*. Meine Verwunderung über seinen langen Arbeitstag beantwortete er mit folgender Geschichte:

»Ich war neulich mit meinem Sohn bei der Schulanmeldung. Wir sind jetzt in Berlin extra in einen Bezirk gezogen, in dem es nicht allzu viele türkische und arabische Kinder gibt, weil ich will, dass mein Kind eine Chance im Leben hat, dass es die deutsche Sprache richtig lernt. Da guckt uns so eine Lehrerin oder Sekretärin von oben herab an und sagt: »Ach, ein kleiner verzogener Türke! Wir werden aus dir schon einen Menschen machen.« Daraufhin habe ich mich umgedreht und bin rausgegangen. – Jetzt ist mein Sohn auf einer Privatschule. Das kostet Geld, dafür arbeite ich, aber das tue ich gerne. Ich will, dass mein Sohn in dieser Welt eine Chance kriegt.«

Auch das ist eine Form von Armut in diesem Land.

Schließlich die Geschichte der kleinen *Natalie*: Sie besucht eine Grundschule mit einem relativ hohen Migrantenanteil. Es gibt dort viele Kinder russischer Aussiedler und viele Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen. Ich bin dort Lehrer-Patin, habe einen Förderkreis gegründet und besuche regelmäßig auch die 2. Klasse von Natalie. Irgendwann kam sie ganz stolz auf mich zu und sagte: »Weißt du was? Ich hab' jetzt einen *Nintendo DS*, mit 2 Spielen dazu!« Ich schaute sie leicht überrascht an, denn so ein elektronisches Spielgerät kostet ungefähr 100 Euro, mit Spielen 140 Euro. Meinem eigenen Sohn würde ich ein solches Spielzeug nicht kaufen, weil ich es für ein 7- oder 8-jähriges Kind einfach für zu teuer halte. Ich weiß: Natalies Mutter ist alleinerziehend, hat drei Kinder und arbeitet als Verkäuferin. Daher fragte ich: »Natalie, wer hat dir das gekauft?« Sie antwortete:

»Ich hab' eineinhalb Jahre dafür gespart! Ich hab' den Hund unserer Nachbarin ausgeführt und jeden Cent dafür zur Seite gelegt, weil ich mir auch mal was kaufen wollte, worauf ich stolz sein kann und was die anderen Kinder nicht haben! Und jetzt bewundern mich die anderen Kinder dafür! Ist das nicht toll?«

Als es irgendwann darum ging, Kinder der besagten Klasse für eine Ganztagsgruppe zu gewinnen, schlug die Lehrerin auch Natalie vor, weil ihre Leistungen nicht allzu gut sind, sie aber eigentlich ein sehr kluges Mädchen ist. Das ging allerdings nicht, weil Natalie jeden Tag nach der Schule ihre beiden Geschwister aus dem Kindergarten abholt, um auf sie aufzupassen. Die Mutter arbeitet als Verkäuferin zu unterschiedlichen Zeiten, und so kann ihre Tochter keine Ganztagschule besuchen, denn wer sollte dann auf die Geschwisterkinder aufpassen? Die Mutter will aber arbeiten, denn die Väter zahlen keinen Unterhalt. Und mit dem, was sie als Verkäuferin verdient, kommt sie gerade so über die Runden. Trotzdem ist sie stolz auf ihren Job. – Auch das ist Armut in Deutschland.

Wenn politische Mandatsträger über Armut reden, tun sie dies oft in Form von Zahlen, Fakten und Statistiken. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass hinter diesen Zahlen Menschen und ihre Geschichten stehen. Hinter diesen Zahlen stehen Kinder, ihre Erfahrungen, Träume, Wünsche und Enttäuschungen. Armut prägt das Leben von Kindern nicht nur in der gegenwärtigen Situation, in der sie sich befinden, sondern auch ihr zukünftiges Leben als Erwachsene. Als Politikerinnen müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, dass jedes Kind eine Chance auf Teilhabe in dieser Gesellschaft bekommt. Eine Chance, sich selbst zu verwirklichen, eine Chance darauf, stolz zu sein und damit auch groß zu werden – unabhängig von der Familiensituation und davon, ob die Mutter alleinerzie-

hend ist oder nicht, und gleichgültig, wo die Kinder aufwachsen. Das ist für mich das Ziel meiner Politik.

Was brauchen Kinder? Vor allem Infrastruktur, Geld sowie Zeit und Aufmerksamkeit ihrer Eltern. Letzteres kann die Politik nur bedingt beeinflussen. Aber die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur zur Unterstützung der Familien und Förderung der Kinder bleibt unsere Aufgabe. Wir brauchen nicht nur Quantität, sprich genügend Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Besonders wichtig ist auch die *Qualität* der Einrichtungen, denn die Erwartungen an sie werden immer größer. Wir wollen, dass die Kinder dort nicht nur betreut werden. Wir fordern, dass dort *Erziehung*, z.B. auch Spracherziehung, Erziehung in Sozialverhalten bis hin zu gesundheitlicher Erziehung stattfindet. All das, auch die Lösung auftauchender Probleme, fordern wir von den Einrichtungen. Wie aber die Menschen, die dort arbeiten, das alles unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen bewältigen sollen, das verraten wir nicht. Und wir versagen all jenen, die in diesem Bereich arbeiten, die angemessene Anerkennung. Dies



Ekin Deligöz

sind – abgesehen von den beamteten Lehrern – nicht nur die mit am schlechtesten bezahlten Berufe, sondern auch Berufe mit nur geringem sozialen Ansehen. Wir sollten aber laut sagen: Jene Berufe, von denen der Werdegang unserer Kinder abhängt, sind uns die wichtigsten Berufe überhaupt. Dies sollte auch in der Bezahlung derer, die sie ausüben, deutlich werden. Wir brauchen auch mehr

Männer in diesen Berufen. Viele Kinder wachsen betreut von ihrer Mutter auf, unterstützt durch die Oma. Sie kommen in den Kindergarten zur Erzieherin, in die Grundschule zur Lehrerin. Eventuell sind sie im Sportverein und haben dort einen Trainer. Wenn nicht, kommt der Lehrer auf dem Gymnasium. In der Erziehungsphase davor spielen Männer kaum

eine Rolle. Wir brauchen daher dringend mehr männliche Vorbilder auch in diesen Berufen.

Die Qualität in der Erziehung manifestiert sich auch in der Ausbildung des Personals und in den Rahmenbedingungen, die es in den Berufen gibt – z.B. in der Möglichkeit, mehr Zeit in kleineren Gruppen und kleineren Klassen zu verbringen. Die Ganztagschule steht nicht automatisch für Qualität. Es müssen auch ausreichend Assistenzlehrer, Fachlehrer, Schulsozialarbeiter, Schulpädagogen und Elternverbindungen da sein.

Vielfach werden solche Forderungen mit der Frage nach der Finanzierbarkeit abgeblockt. Diese Haltung ist absurd. Alles, was wir in Deutschland für Beton, Straßenbau, den Bau von Gebäuden ausgeben, gilt als *Investition*. Für Investitionen können alle politischen Körperschaften, die Kommunen, Länder und der Bund, Kredite aufnehmen.

Die ›Investition‹ in unsere Kinder, die wichtigste Investition in unserem Land, ist definiert als ›konsumtive‹ Aufgabe: Das heißt, das Geld wird verausgabt und ist verbraucht. Für konsumtive Ausgaben dürfen keine Kredite aufgenommen werden, was dazu führt, dass gerade im Bildungsbereich immer schnell Mittelkürzungen bzw. keine angemessenen Ausgabensteigerungen vorgenommen werden. Wir sollten die Courage haben zu sagen: Ausgaben für unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft!

Ein weiteres Beispiel: Wir zahlen alle seit 1991 zusätzlich zur Lohn- und Einkommensteuer den ›Solidaritätszuschlag‹, der ursprünglich mit den Kosten der Deutschen Einheit begründet wurde. Noch immer finanzieren wir daraus: Beton. Die schönsten Bahnhöfe, die schönsten Straßen, die schönsten Gebäude, die oftmals übrigens leer stehen. Wenn aber gegenwärtig Investitionen in einem Bereich besonders nötig sind, dann ist es die Ausbildung unserer Kinder. Warum erheben wir nicht einen ›Soli‹ für die Bildung bzw. widmen den derzeitigen Solidaritätszuschlag nicht schrittweise um? Diese Mittel investieren wir dann in die Qualität unserer Einrichtungen, in unsere Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, in Schulen und Bildung. Das wäre Solidarität, die ankommt, die sofort wirkt und von der wir alle, insbesondere aber unsere Kinder, viel mehr hätten als vom schönsten Bahnhof.

Ebenso wie über gute Bildung müssen wir auch über eine angemessene *Existenzsicherung* nachdenken. Unser jetziges Familien- und Ehefördersystem kostet viel Geld. Laut Bundesfamilienministerium geben Bund, Länder und Kommunen jährlich rund 180 Mrd. Euro für diesen Bereich aus. Ein Teil davon fließt in die Bildung, ein Teil in die Infrastruktur, ein Teil in die Sozialversicherung. Aber fast 70 Mrd. Euro kosten uns die ehebezogenen Leistungen. Das Ehegattensplitting etwa fördert primär Ehepaare, bei denen ein Partner arbeitet und der andere zu Hause ist bzw. nur wenige Stunden arbeitet. Sobald die Eheleute gleich viel verdienen, bietet es keine

Vorteile. Auch Steuerprivilegien kommen uns teuer zu stehen: so ist die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten ein Privileg für diejenigen, die Steuern zahlen. Sie bietet aber keinen Vorteil für Menschen, die keine Steuern zahlen oder womöglich gar keinen Krippen- oder Kindergartenplatz bekommen. Ebenso fragwürdig sind Kinderfreibeträge, die ab einem Einkommen von etwa 60.000 Euro greifen und die Höhe des Kindergeldes teilweise deutlich übersteigen. Faktisch bekommt jemand, der den Freibetrag voll nutzen kann, monatlich nicht 164 Euro, sondern 238 Euro. Man gewinnt den Eindruck, dass in unserem Land Kinder von Besserverdienenden mehr wert sind.

Warum haben wir nicht den Mut zu sagen: Wir schaffen das alles ab, garantieren aber für alle Kinder eine angemessene Existenzsicherung und vereinbaren einen Bedarfssatz von z.B. 330 Euro für jedes Kind? Das bestehende System würde gerechter, denn wer wenig verdient, bekäme im Vergleich zu heute mehr, wer mehr verdient, bekäme immer noch etwas, aber eben nicht mehr so viel. Nicht Privilegien für den Trauschein sind sinnvoll, sondern Unterstützung für diejenigen, die die Aufgabe der Erziehung auf sich nehmen. Man mag einwenden: Dann bekämen auch diejenigen etwas, die eigentlich nichts für ihre Kinder tun bzw. das zusätzliche Geld nicht für ihre Kinder ausgeben. Studien haben gezeigt, dass die meisten Eltern ihr Geld in erster Linie für ihre Kinder ausgeben und dann erst an sich selber denken. Die Ausnahmen dürfen wir aber nicht zur Blaupause und zum Ausgangspunkt für die Förderung von Kindern und Familien machen.

Wir brauchen im Grunde einen *Kulturwandel*. Unsere Gesellschaft muss endlich kinderfreundlich werden. Wir sollten Kinderrechte in der Verfassung verankern, sodass ganz klar wird: Kinder sind eigenständige Subjekte, die wir als Gesellschaft auch ernst nehmen müssen. Wir sollten uns gesellschaftlich, gemeinsam zu unseren Kindern bekennen. Und es ist insbesondere die Aufgabe eines jeden Politikers, eines jeden Gestalters, eines jeden Verantwortlichen, Kinderrechte mit zu berücksichtigen. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht verdeutlicht: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie sind auch keine Anhängsel der Erwachsenen. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten, die eigene Rechte haben. Sie haben ein Recht darauf, eine Chance im Leben zu bekommen.

Von *Adenauer* ist im Zusammenhang mit der Diskussion um den Generationenvertrag das Zitat überliefert: »Mit den Rentnern müssen wir uns solidarisieren, die haben eine Lebensleistung. Kinder kriegen die Menschen von allein.« Adenauer irrte! In unserer Zeit stimmt das gar nicht mehr. Natürlich ist und kann es nicht die Aufgabe der Politik sein, die Geburtenrate zu steigern. Aber es ist die Aufgabe der Politik, jedem Kind gegenüber, das auf die Welt kommt, Verantwortung zu übernehmen.

Die Zukunft ist das eine, aber an der Gegenwart unserer Kinder lässt sich die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft messen.

Christoph Butterwegge: Ich möchte mit ein paar statistischen Zahlen beginnen und dann etwas zu den Ursachen der Kinderarmut und zu den Gegenstrategien sagen.

Welche Dimension hat unser Thema? Ich lege hier Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zugrunde. Diese Institution ermittelt regelmäßig, wie viele Kinder in der Bundesrepublik Deutschland in sogenannten SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Hartz IV-Haushalten leben. Der traurige Rekord wurde erreicht im März 2007 mit über 1,928 Mio. Kindern unter 15 Jahren – von insgesamt knapp 11,5 Mio. Kindern dieses Alters –, die in solchen Hartz IV-Haushalten leben. Auch in Niedersachsen wurde im März 2007 mit 205.017 Kindern, das sind 16,9%, eine Rekordzahl erreicht. Das entspricht auch dem Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt, wobei Ostdeutschland mit 31,0% eine sehr viel höhere Quote aufweist als Westdeutschland mit 1,3%. Niedersachsen ist da eine Art ideelles Gesamtdeutschland, womit es sich als westdeutsches Flächenland gewiss nicht brüsten kann. In Osnabrück hingegen wurde die bisher höchste Zahl nicht im März 2007 erreicht, sondern bei der jüngsten Erhebung vom September 2008: In der Stadt Osnabrück leben demnach 4.609 Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV-Haushalten, das sind 22,8%, und diese Zahl bedeutet eine Steigerung von 6,2% gegenüber dem Wert vom Januar 2005. Das zeigt, dass die Analyse von Frau Ross-Luttmann an dieser Stelle unzutreffend ist: Nicht die Arbeitslosigkeit verursacht die Kinderarmut, denn die Arbeitslosigkeit ging in diesem Zeitraum zurück. Gleichzeitig erreichte die Kinderarmut auf dem Höhepunkt des *Konjunkturaufschwungs* seine Rekordgröße.

Ich möchte auch verdeutlichen, wie ungleich verteilt die Armut ist: In der ostsächsischen Stadt Görlitz z.B. leben 44% aller Kinder in Hartz IV-Haushalten, im bayerischen Starnberg sind es 3,9%. Hinzu kommen die Kinder in Sozialhilfehaushalten, Flüchtlingsfamilien, die Kinder von »illegalisierten« Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltstitel – und die sogenannte Dunkelziffer, womit man in der Armutsforschung sehr ungeschön diejenigen bezeichnet, die Leistungen wie Hartz IV oder Sozialhilfe bekommen würden, aber keinen Antrag stellen. Rechnet man alle diese Fälle hinzu, kommt man auf mindestens 2,8 Mio. Kinder unter 15 Jahren, die auf Sozialhilfeniveau oder darunter leben. Rechnet man noch die Kinder oberhalb des Sozialhilfeniveaus hinzu, die als arm bezeichnet werden können, weil sie in verschiedenen Lebenslagen benachteiligt sind, dann sind sicherlich 3,3 Mio. der 11,5 Mio. Kinder betroffen.

Ein kritischer Armutsforscher muss aber auch über Reichtum sprechen: Das Privatvermögen der beiden reichsten Männer der Bundesrepublik, der Gebrüder *Albrecht*, Besitzer der Aldi-Ketten Nord und Süd, beträgt 37,5 Mrd. Euro. Man kann die Kluft in unserer Gesellschaft ermessen. Um sie zu schließen und die Armut von Kindern zu bekämpfen, müssen der Reich-



Christoph Butterwegge

tum angetastet und die Ressourcen in der Gesellschaft anders verteilt werden. Darum drückt sich unsere Gesellschaft herum. Zwar ist die Kinderarmut in den letzten Jahren von einem Tabu zu einem Modethema geworden. Aber was ist daran nachhaltig, wo ist ernsthaftes Bemühen, und wo ist nur das Reden darüber? Man kann absehen, dass es nach der Verjüngung, der Infantilisierung, der ›Verkinderung‹ der Armut demnächst eine ›Re-Seniorisierung‹ der Armut geben wird. Dies hat auch mit der Rentenpolitik verschiedener Bundesregierungen zu

tun, wenn wir demnächst eine verstärkte Altersarmut haben werden, die es übrigens heute schon gibt, weil Rentner, insbesondere Frauen, mit Mini-renten leben. Daran hat die soziale Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wenig geändert.

Wo liegen die Ursachen für Kinderarmut? Ausgehend von der Globalisierung oder neoliberalen Modernisierung, der Umgestaltung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, verorte ich sie auf drei Ebenen.

Erstens: Es verändert sich die Arbeitswelt. Das ›normale‹ Arbeitsverhältnis wird ausgehöhlt. Zwar gibt es noch den Fall, dass Erwerbstätige – meistens Männer – vollzeiterwerbstätig bis zur Altersgrenze arbeiten, hierbei sozialversicherungspflichtig sind, arbeitsrechtlich geschützt, und

aufgrund dessen ihre Familie ernähren können. Nicht allein die heute bestehende Massenarbeitslosigkeit ist eine Ursache für Kinderarmut, sondern die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, zu denen Minijobs, Zwangsteilzeit, Dauer-Praktika und unterschiedliche Formen von Niedriglohnbeschäftigung zu rechnen sind. Allein mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist es nicht getan, wenn diejenigen, die Arbeit haben, trotzdem sich und ihre Familie nicht ernähren können. Man kann es kaum mehr ›Arbeit‹ nennen und spricht deshalb nur noch von ›Jobs‹. Manche haben sogar drei davon: morgens tragen sie Zeitungen aus, mittags arbeiten sie im Schnellrestaurant und abends liefern sie Pizza aus. Wir haben – nach den USA – inzwischen den breitesten Niedriglohnsektor, und dies ist von der Politik in den letzten Jahren zum Teil ganz bewusst gefördert worden. Hierin liegt das wesentliche Problem, das auch dazu führt, dass Kinder in unserer Gesellschaft zunehmend arm sind.

Zweitens betrachte ich die Lebensverhältnisse der Menschen. In der Soziologie spricht man von einer ›Pluralisierung der Lebensformen‹. Neben der sich zunehmend auflösenden Form der ›Normalfamilie‹ – mit Ehemann, Ehefrau, die zu Hause bleibt, und ein, zwei oder drei Kindern – gibt es immer mehr Ein-Elternteil-Familien, *patchwork*-Familien, gleichgeschlechtliche und heterosexuelle Lebensgemeinschaften, die schlechter gesichert sind als andere. Unser Sozialstaat ist noch auf die ›Normalfamilie‹ ausgerichtet, d.h. viele, insbesondere alleinerziehende Mütter, sind nicht so abgesichert, wie es sein müsste. Das ist die zweite Ursache, warum wir eine so hohe Armut von Kindern feststellen müssen.

Der *dritte*, am leichtesten veränderbare Grund ist der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates. Mit Hartz IV hat sich die Zahl der armen Kinder verdoppelt. Dabei hat die ›Reformpolitik‹ der Bundesregierungen seit Mitte der 1970er Jahre – seit der Regierung *Helmut Schmidt*, dann 16 Jahre lang unter *Helmut Kohl*, schließlich noch verstärkt unter ›Rot-Grün‹ – ganz bewusst die Reichen gefördert und die Armen belastet. So wurde z.B. mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 das Leben der Familien, über die wir hier reden, ganz bewusst sehr erschwert. Andererseits wurde eine Erbschaftsteuerreform beschlossen, die es den Kindern und Enkeln der Reichsten ermöglicht, milliardenteure Konzerne zu erben, ohne einen Cent betriebliche Erbschaftsteuer zu bezahlen. Aus steuerrechtlichen Gründen verschenken manche wohlhabenden bzw. reichen Eltern schon bei der Geburt ihrer Kinder einen Teil ihres Vermögens, z.B. ihr Wertpapierdepot, an ihre Kinder. Dieser Reichtum wird bewusst gefördert, wobei das ›Matthäusprinzip‹ Anwendung findet nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben.

Das *Elterngeld*, von der CDU-Familienministerin *von der Leyen* auf den Weg gebracht und von Frau Ministerin Ross-Luttmann gelobt, bringt

es mit sich, dass ab dem 1. Januar 2007 die Bestverdienenden, wenn sie sich um Kindererziehung kümmern, für 12 bzw. 14 Monate 67% ihres Nettoeinkommens, gedeckelt bei 1.800 Euro, an Elterngeld bekommen. Frauen, die als Studentinnen, als Arbeitslose oder als Sozialhilfeempfängerinnen ein Kind bekommen, erhielten nach alter Regelung 24 Monate lang 300 Euro Erziehungsgeld. Seit dem 1. Januar 2007 bekommen sie ein Sockelelterngeld von 300 Euro, aber nur 12 Monate lang. Auf Kosten derer, die das Geld am dringendsten brauchen, erhalten nun diejenigen bis zu 1.800 Euro Elterngeld, die ohnehin gut verdienen und die das Geld im Sinne der Verhinderung oder Verringerung von Kinderarmut jedenfalls nicht brauchen.

Ich bin sehr damit einverstanden, dass alle Kinder besser gebildet werden müssen, nicht nur solche mit Migrationshintergrund. Aber ›Bildung‹ ist keine politische Wunderwaffe im Kampf gegen die Kinderarmut. Denn wenn alle Kinder und Jugendlichen besser gebildet sind, dann konkurrieren sie womöglich – wenn auch auf höherem Bildungsniveau – um die immer noch raren Lehrstellen und Arbeitsplätze. Wenn man, wie die Bundeskanzlerin, *Bildung für alle!* verspricht und Deutschland zu einer ›Bildungsrepublik‹ machen will, bin ich sehr dafür. Aber Grundlage dafür muss sein, dass die Menschen über die erforderlichen materiellen Ressourcen verfügen können – zumal in einer Gesellschaft, in der das Geld in allen Lebensbereichen immer wichtiger wird, in der es nötig ist, einiges Kleingeld dabei zu haben, wenn man seinem Kind Teilhabe im Bildungs- und Kulturbereich ermöglichen will, wenn das Kind Nachhilfeunterricht braucht oder ins Kino oder Theater möchte. Zu einem Zeitpunkt, wo das Geld so ungleich verteilt ist wie nie, ist es heuchlerisch, dass die etablierten Parteien so tun, als würden sie alles zum Besten wenden, wenn sie Teilhabe an Bildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnen. Die materiellen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, und die schafft man nicht mit Bildung – schon gar nicht, wenn im Hartz IV-Regelsatz kein Cent für die Bildung vorgesehen ist.

Deshalb wäre ein gesetzlicher Mindestlohn eine erste Maßnahme, die den Kindern sehr zugute käme, weil sie dafür sorgen würde, den wachsenden Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik ein Stück zurückzudrängen. Darüber hinaus müsste die Arbeitswelt verändert werden; das hieße: Tarifverträge stärken, Arbeitszeitverkürzung, die Arbeit besser verteilen und damit die *Zeitarmut* von Kindern und Familien verringern, die durch Hartz IV verstärkt worden ist. Der Druck auf die Familien wächst, wenn man jede Arbeit annehmen muss, weil man sonst fürchten muss, nach kurzer Zeit auf das Sozialhilfeniveau zu fallen.

Der zweite Punkt: Die Ganztagsbetreuung wurde erwähnt, aber darüber hinaus muss das bisherige Schulsystem aufgehoben werden, das die

Kinder hierarchisch einteilt in diejenigen, die aus Arbeiter- oder Arbeitslosenfamilien kommen und folglich auf die Haupt- oder auf die Sonderschule gehen, und diejenigen aus den bessergestellten Kreisen, die auf das Gymnasium gehen. Bornierte Bürger halten dagegen fest an einem Modell, das aus dem Preußen des 18. Jahrhunderts kommt: nämlich eine Dreiklassen-Schule. Die aber gilt es unbedingt zu verändern. In Europa gibt es noch 17 Länder, sagt die GEW, die ein solches hierarchisch gegliedertes Schulsystem haben, 16 davon liegen in der Bundesrepublik ...

Drittens brauchen wir eine soziale Grundsicherung, die den Namen verdient. Das kann Hartz IV nicht sein, obwohl es ein erster Schritt wäre, die Regelsätze für Erwachsene und vor allem für Kinder anzuheben. Darüber hinaus brauchen wir eine bedarfsorientierte und bedarfsdeckende, armutsfeste und repressionsfreie soziale Grundsicherung. Dieses Land war noch nie so reich wie jetzt, trotz Finanzkrise und den Klagen, die zu hören sind. Der riesige Reichtum ist nur falsch verteilt. Wir müssen dafür sorgen, dass umverteilt wird, und zwar nicht wie in den letzten Jahrzehnten von unten nach oben, sondern von oben nach unten.

Ekin Deligöz: Ich stimme zu, wenn im Bereich der Existenzsicherung ein Systemwechsel gefordert wird. Wenn in der aktuellen Debatte etwa Steuererleichterungen angekündigt werden, bleibt die Gerechtigkeitsfrage offen. Steuererleichterungen kommen denen zugute, die Steuern zahlen, nicht aber den von drohender Armut betroffenen Familien. Auch über eine Neuausrichtung des bisherigen Ehegattensplittings hin zum Familiensplitting, bei dem Kinder berücksichtigt werden, wird diskutiert. Auch davon würden allerdings nur die Gut- und Besserverdienenden profitieren.

In Bezug auf das Elterngeld muss indessen auch Positives vermerkt werden: Zwar ist die für Studierende und ALG II-Empfänger eingetretene Schlechterstellung, die von uns nicht verhindert werden konnte, kritikabel. Beim grundsätzlichen Problem aber, dass im Jahr nach der Geburt eines Kindes in den Familien, in denen ein Elternteil zu Hause blieb, das Einkommen stark zurückging, ist nun für mehr Stabilität gesorgt. Mit dem Elterngeld werden keine Reichtümer verteilt. Den Maximalbetrag erhalten 5-10% der Berechtigten, der Rest liegt weit darunter. Unterstützt werden aber auch Bezieherinnen kleiner Einkommen, und es hat auch dazu geführt, dass immer mehr Väter zu Hause bleiben. Unter diesen Gesichtspunkten finde ich das Elterngeld richtig.

Ich teile die Ansicht, dass wir über die Schulstruktur nachdenken müssen. Aber die Struktur allein bringt uns nicht weiter, wenn wir nicht stärker in den Bereich des Personals, der Qualität und der zusätzlichen Kräfte in den Schulen und der Jugendhilfe investieren.

Zur Kritik am Abbau des Sozialstaates und an Hartz IV ist festzuhalten, dass damit einige gute Komponenten verbunden sind, z.B. die Leistungen für Alleinerziehende. Hand in Hand damit begann der Ausbau der Kinderbetreuung. Aber im Feld der Kinder- und Familienpolitik wird das eine Instrument oft gegen das andere ausgespielt. So führen wir ständig Diskussionen darüber, was besser ist: Infrastruktur oder materielle Existenzsicherung. Wir brauchen beides, und zwar möglichst bald. Wir müssen dafür nicht einmal viel neues Geld in die Hand nehmen, sondern das bestehende System umstrukturieren, und dafür brauchen wir einen unterschiedenen gesellschaftlichen Aufbruch.

Mechthild Ross-Luttmann: Die auf Vorschlag von Ursula von der Leyen erfolgte Einführung eines Elterngeldes war ein gute Entscheidung der von SPD und CDU getragenen Bundesregierung. Denn damit gelang es erstmals, dass Mütter wie Väter Elternzeit beansprucht haben. Wenn wir von Gleichberechtigung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sprechen, dann müssen wir auch eine Vereinbarkeit in der Berufstätigkeit zwischen Mann und Frau anstreben. Kindererziehung darf nicht ausschließlich zu Lasten der Frau gehen; Frauen und Männer müssen gleichermaßen in die Lage versetzt werden, aus ihrem Beruf für eine gewisse Zeit auszuschneiden, denn sie haben sich ja auch beide die Kinder gewünscht. Die Tatsache, dass gleich zu Beginn dieser Neuregelung die Zahl der Neugeborenen anstieg, hat gezeigt, wie gut das Elterngeld angenommen wurde.

Ich bin davon überzeugt, dass gute Arbeitsplätze und gute Verdienstmöglichkeiten die Einnahmesituationen von Familien verbessern und damit auch den finanziellen Rahmen der Kinder. Je niedriger das Arbeitseinkommen ist, je länger die Arbeitslosigkeit einer Familie andauert, umso schlechter wird die Einnahmesituation des Kindes und umso eher rutscht das Kind an die Armutsgrenze. Die Position ›starker‹ Eltern ist zwingend mit guter Arbeitstätigkeit, guter Erwerbsfähigkeit verbunden. Gute Bildung ist dabei der Maßstab aller Dinge. Dass alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Bildung bekommen, muss in einem frühen Alter, im Bereich der Kindertagesstätten, beginnen und im Bereich der Schule fortgesetzt werden. Ganz wichtig ist dabei die Integration unserer ausländischen Kinder und Mitbürger. Integration ist hier keine Einbahnstraße, sondern bedeutet, dass beide Seiten aufeinander zugehen, dass ausländische Mitbürger die deutsche Sprache erlernen, sich zum Grundgesetz, zur Wertordnung bekennen, aber dass wir als Deutsche auch unseren ausländischen Mitbürgern eine Chance geben, hier integriert zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich einbringen, nach außen hin ganz klar dokumentieren, dass sie hier in Deutschland ihre

Heimat gefunden haben, eine starke Position haben, und dass es eine absolute Selbstverständlichkeit ist, dass wir auch Menschen mit Migrationshintergrund in der Politik haben ebenso wie in allen Firmen und Betrieben.

Christoph Butterwegge: Leider handelt die Bundesregierung genau entgegengesetzt der Forderung nach guter Bildung für alle Kinder. Mit 2,79 Euro pro Monat für Schulmaterialien im Hartz IV-Regelsatz lässt sich Chancengleichheit nicht realisieren. Und anders als in Schweden, wo es ein Elterngeld seit Jahrzehnten gibt, werden Mütter als Studentinnen, Sozialhilfe- oder Hartz IV-Empfängerinnen stark benachteiligt. Frau von der Leyen vertritt die Position, Familienpolitik habe mit Sozialpolitik nichts zu tun. Es ist aber keine gute Familienpolitik, wenn sie beim Elterngeld diejenigen, die am wenigsten haben, ausgrenzt und sie gegenüber der früheren Regelung schlechter stellt.

Publikum: Es bestand überwiegend Einvernehmen darin, dass Investitionen in Bildung eine wirksame Form der Armutsprävention sind. Erwähnt wurde das ›Starterpaket‹ für Kinder aus armutsbelasteten Familien, die mit 100 Euro für den schulischen Bedarf unterstützt werden. Frage an die Politik: Warum nur 100 Euro? Die Wohlfahrtsverbände haben festgestellt, dass der Bedarf bei mehr als 400 Euro im Jahr liegt. Zweite Frage: Warum endet die Förderung bei Klasse 10? Es ist wichtig, auch Kinder in den weiterführenden Schulen entsprechend zu fördern.

Publikum: Es wird immer wieder gesagt, der Hartz IV-Regelsatz sei zu niedrig. Das ist aber seit Langem bekannt. Es gibt umfassende Vorschläge, unter anderem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, zur Frage, was Kinder brauchen. Es gibt längst die Bedarfsermittlungen, die die Sozialministerin fordert, und darin wird konkret beziffert, dass der Bedarf erheblich höher ist. Trotzdem bewegt sich wenig. Und nicht allein der Regelsatz für Kinder muss bedarfsgerecht gestaltet werden, sondern auch der allgemeine Regelsatz muss angepasst werden. Dies ist nicht allein Sache des Bundes. Aber hier besteht eine unheilige Allianz der Parteien, die die SGB II-Beschlüsse und die Regelsätze verabschiedet haben.

Das »Dabei Sein!«-Projekt des Ministeriums ist zu begrüßen, ist aber doch nur ein kleines ›Bonbon‹, das das Problem nicht löst. Damit würden Erholungsmaßnahmen, Musik- und Kunstschulbesuche oder die Teilnahme an Klassenfahrten gefördert, hieß es. Dies müsste aber durch den Gesetzgeber im Bund grundsätzlich gelöst werden und nicht durch ein kleines Zusatzprogramm des Landes, und erst recht nicht durch den Verweis in die karitative Ecke. Dies ist zugleich mein Bedenken gegenüber den

»Tafeln«, die doch nur eine Notlösung darstellen, weil der Regelsatz zu gering ist für die Menschen.

Mechthild Ross-Luttmann: Die grundsätzliche Entscheidung zugunsten von Leistungen nach dem Hartz IV-Konzept, das mit Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zwei nebeneinander bestehende Leistungssysteme zusammengeführt hat, begrüße ich nach wie vor. Dabei hat man allerdings einen Fehler gemacht, als man – wie bei der Sozialhilfe – den Regelsatz eines Kindes als prozentual verminderten Satz eines Erwachsenen bestimmt hat. Dies muss bereinigt werden, denn man kann nicht mit Prozentsätzen dessen, was den Bedarf eines Erwachsenen ausmacht, spezifische Kinderbedarfe abbilden. Das Bundesverfassungsgericht hat ja inzwischen gesagt: Die Regelsätze für Kinder müssen den kinderspezifischen Bedarf abbilden. Es hat aber offen gelassen, ob es zu einer Anhebung der Regelsätze kommen muss. Wir haben in vielen Gesprächen – und hier ist nicht die Bundesfamilienministerin zuständig, sondern der Bundesarbeitsminister – darüber diskutiert, wie die kinderspezifischen Bedarfe abzubilden sind. Minister *Scholz* hat uns mitgeteilt, dass er genau dies aktuell prüfe.

Ich habe eingangs selbst die Forderung erhoben, den Eckregelsatz für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren auf 70% anzuheben, und das Schulstartpaket im Wert von 100 Euro als Schritt in die richtige Richtung gewürdigt. Dies kann sicher nicht der Endpunkt sein. Aber wir müssen an dieser Stelle auch über Verbesserungen sprechen. Wir dürfen uns in Debatten über Fragen der Kinderarmut nicht ausschließlich auf die Frage nach der Finanzausstattung kaprizieren. Denn hinzu kommt die Frage der Nestwärme und der sozialen Teilhabe. Vieles ist unabhängig von den Mitteln zu sehen, die Eltern und Kindern über Regelsätze zur Verfügung gestellt werden. Kinderarmut ist ein viel breiter differenzierter Rahmen.

Ekin Deligöz: Die unterschiedlichen parteipolitischen Positionen der CDU und der Grünen müssen hier nicht weiter ausgeführt werden, denn wir haben ja eine gemeinsame Verantwortung. Es gibt ohnehin viel zu wenig Menschen, die sich einem »Bündnis für Kinder« anschließen mögen. Die dazu bereit sind, sollten sich nicht auch noch auseinanderdividieren lassen, sondern vielmehr versuchen, gemeinsam die Dinge voranzubringen – bei allen Differenzen, die es gibt. Im Bundestag ist die schwierigste Debatte nicht die zwischen mir und Frau von der Leyen, sondern diejenige zwischen mir und den Haushältern, den Finanzpolitikern oder dem Arbeits- und Sozialminister, denn es gibt sehr unterschiedliche Ressortinteressen.

Wenn nun als Mittel gegen Kinderarmut ein anderes Erbschaftsteuerrecht gefordert wird, so wären dazu noch weit mehr Bündnispartner nötig, denn dies müsste auch gegen die Unternehmerschaft durchgesetzt werden.

Familienpolitische Debatten sind schwierig und hochemotional, denn jeder hat eine Familie oder eine persönliche Vorstellung davon, was Familien brauchen. Umso wichtiger ist es, inhaltlich zu argumentieren.

Es wurden Maßnahmen eingefordert, über die Veränderung rein ehebezogener Leistungen hinaus. Diese alleine umfassen ein Volumen von 70 Mrd. Euro. Das ist viel Geld, ebenso wie die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag, die sich auf 53 Mrd. Euro belaufen. Unser Programm zur Förderung der Einführung von Ganztagschulen hatte ›nur‹ ein Volumen von 4 Mrd. Euro und hat doch einiges bewegt. Bezüglich des geplanten Ausbaus des Angebots an Krippenbetreuung für 40% der Kinder würde ein Betrag von 2,5 Mrd. Euro gebraucht. Aber die Diskussionen sind oftmals schwer zu führen, wir müssen Hand in Hand marschieren und uns nicht gegenseitig klein reden in unseren Erfolgen. Die Kindergelderhöhung ist bürokratisch, aber es war ein Erfolg, sie überhaupt durchzusetzen.

Sicher ist es falsch, das Schulstarterpaket von 100 Euro nur bis zur 10. Klasse zu gewähren, denn das unterstellt letztlich, dass Kinder aus armen Familien überhaupt nicht aufs Gymnasium kommen. Aber wir müssen gemeinsam kämpfen und beharrlich darin bleiben, dass dies ausgeweitet wird. Auch bei Hartz IV sind Fehler gemacht worden. Zwar ist die Zusammenfassung vieler einzelner Sozialtransferezahlungen für unterschiedliche Bedarfe in einer monatlichen Pauschale vernünftig, aber die Pauschale ist zu niedrig und nicht realitätsgerecht angesetzt. Das müssen wir korrigieren.

Zweitens haben wir gesagt, es müssen Bedingungen an Sozialtransfers geknüpft werden, denn die Menschen müssen ihre Selbstverantwortung wahrnehmen, müssen mündig werden. Ich denke, dies ist berechtigt, weil es auch darum geht, Chancen zu eröffnen. Ein-Euro-Jobs werden oft belächelt; aber ich kenne viele Betroffene, denen dieser Ein-Euro-Job den Weg zur Teilhabe am Leben eröffnet hat.

Ludwig Schulze: Mir ist die Frage gestellt worden, wie die Auswirkungen von Armut auf die Gesundheit von Kindern zu beschreiben seien. Dazu gibt es zahlreiche Untersuchungen. Der Unterschied macht sich jedenfalls von Geburt an geltend: Kinder von Armen wiegen bei der Geburt durchschnittlich weniger als Kinder, die nicht unter Armutsbedingungen zur Welt kommen müssen. Es zieht sich dann weiter: Wir wissen, dass Kinder, die unter Armutsbedingungen leben, gesundheitlich mehr gefährdet sind, öfter krank sind, was die körperliche, aber auch, was die psychische Gesundheit anbetrifft. Als Kinder- und Jugendpsychiater erlebe ich das jeden Tag. Und ich erlebe auch, dass die seelische Not der Kinder in den letzten 25 Jahren, in denen ich in meinem Beruf mit Kindern zu tun habe, enorm zugenommen hat. Das hängt nicht nur mit Armutsbedingungen zusam-

men, aber diese sind ein großer Risikofaktor. Wer in Armut aufwächst, ist wesentlich mehr in Gefahr, nicht so gesund zu sein wie die übrige Bevölkerung.

Bei solchen Diskussionen werden Arme oft stigmatisiert. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, dass, wenn wir hier von statistischen Zahlen sprechen, es auch viele arme Menschen und Familien gibt, die trotz der Armut ihr Leben gut meistern.

Als ich vor 30 Jahren anfang, mich für den Schutz von Kindern zu engagieren, hatte ich Visionen, z.B. die Vorstellung, dass besondere Beratungsangebote irgendwann nicht mehr benötigt würden. Kinder, die vernachlässigt werden, stammen aber in der Regel aus Armutsfamilien, und die Armut nimmt zu, nicht ab. Wenn ich heute eine Vision äußern darf, dann ist es die Hoffnung, dass es in zehn Jahren nicht mehr die Notwendigkeit der Suppenküchen für Arme gibt, die in meinen Augen ein Skandal ist. Dieses Ziel möchte ich uns gern auf die Fahne schreiben, denn in einem reichen Land sollten alle Menschen zunächst einmal materiell so versorgt sein, dass sie nicht um ihr Essen betteln müssen.

Ich stimme zu, dass das Problem der Armut von Kindern nicht ausschließlich mit mehr finanziellen Ressourcen, etwa mit einer Veränderung der Regelsätze, zu ändern ist. In allen Bereichen, die Kinder betreffen, angefangen bei der Geburt und der Betreuung im ersten Lebensjahr, müssen wir Angebote entwickeln, damit es unseren Kindern besser geht. Es ist insgesamt deutlich geworden, dass dies viel mit der Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft zu tun hat, wobei die finanziellen Ressourcen immer eine große Rolle spielen. Auch wenn es dazu unterschiedliche Vorstellungen, Möglichkeiten und Ideen gibt, müssen wir versuchen, immer wieder für die Kinder an einem Strang zu ziehen.